



**BERNHARD
SEIDENATH** 
Für das Dachauer Land
im Landtag

Newsletter

Newsletter aus dem Landtag von Bernhard Seidenath, MdL, 6.03.2015

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreunde,

diese Woche hat Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder sein Konzept zur Behördenverlagerung vorgestellt. Neben dem Breitbandausbau und der Hochschulinitiative ist auch die Verlagerung staatlicher Behörden ein wichtiges Instrument, um den ländlichen Raum zu stärken. Denn über die Hälfte der Einwohner Bayerns lebt im ländlichen Raum. Mehr Behörden in der Fläche eröffnen den Menschen vor Ort Perspektiven für ein gutes Leben außerhalb der großen Städte: durch sichere Arbeitsplätze, ihre Vorbildfunktion für die Wirtschaft und die Stärkung der Infrastruktur.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung!

Nun wünsche ich Ihnen wieder eine gedeihliche und informative Lektüre.

Herzliche Grüße
Ihr



Bernhard Seidenath

Dezentrale Verwaltung: Staatsminister Söder stellt Konzept zur Behördenverlagerung vor

2015 beginnt die größte Regionalisierung von staatlichen Behörden und Einrichtungen der letzten Jahrzehnte: Mehr als 50 Behörden und staatliche Einrichtungen werden in den ländlichen Raum verlagert. Das verkündete Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder diese Woche in der Fraktionssitzung. Von der Behördenverlagerung profitieren alle bayerischen Regierungsbezirke, insbesondere jedoch strukturschwache Regionen im Freistaat: Die Regionalisierung bringt ihnen über 2.200 Beamte und Beschäftigte und mehr als 900 Studierende.

[Weiterlesen](#)

Beste Jobaussichten in Bayern

Erfreuliche Entwicklung auf dem bayerischen Arbeitsmarkt: Die Arbeitslosenquote im Freistaat ist im Februar im Vergleich zum Vormonat gesunken und liegt aktuell bei 4,2 Prozent. Regional variierte die Quote zwischen 3,8 Prozent in Unterfranken und 5,0 Prozent in Mittelfranken und liegt somit überall weit unter dem Bundesdurchschnitt von 6,9 Prozent.

Insgesamt sind die Jobaussichten im Freistaat so gut wie lange nicht mehr. Der sonst im Februar übliche Anstieg der Arbeitslosenzahlen blieb diesen Winter trotz Schnee und Kälte aus. Zudem hat sich die Konjunktur in Bayern trotz weltweiter Krisenherde nicht von ihrem Erfolgskurs abbringen lassen.

Die Zahlen für Bayern im [Überblick](#)

180 Jugendliche zu Gast bei der CSU-Fraktion

Deutlich verjüngt war das Plenum am vergangenen Samstag: 180 Jugendliche aus ganz Bayern waren der Einladung der CSU-Fraktion zum jugendpolitischen Empfang gefolgt und ins Maximilianeum nach München gekommen.

Nach einer Führung durch das Landtagsgebäude hatten die Jugendlichen die Gelegenheit, mit Experten über die Themen Ehrenamt, Sport und Film zu diskutieren.

[Bildergalerie](#) vom Empfang

Die Woche in Bildern

Vorstellung des Konzepts zur Behördenverlagerung, Plenardebatte zur Frauenpolitik und weitere Impressionen unserer Sitzungswoche!

Die Woche in [Bildern](#)

Unsere Anträge im Februar

Regionale Medienvielfalt, Stärkung der Hospiz- und Palliativversorgung, Neuregelung des Länderfinanzausgleichs und Schutz des Bergwalds - zu diesen und zahlreichen anderen Themen haben wir im Februar Anträge in den Landtag eingebracht!

Unsere [Anträge](#) im Februar

Zahl der Woche: 70

Der Freistaat Bayern hat das Angebot für berufsschulpflichtige Flüchtlinge und Asylbewerber zum zweiten Schulhalbjahr noch einmal deutlich ausgeweitet: Insgesamt 70 neue Klassen wurden zusätzlich geschaffen. Nun können an 75 Standorten in Bayern ca. 4.500 berufsschulpflichtige Flüchtlinge in rund 260 Klassen an einem zweijährigen Programm teilnehmen, bei dem sie unter anderem die Grundlagen der deutschen Sprache erlernen, um sich für eine Berufsausbildung zu qualifizieren oder um einen weiteren schulischen Weg gehen zu können.

Zusätzlich stehen den Jugendlichen über 350 Übergangsklassen an Grund- und Mittelschulen zur Verfügung. Auch in diesen können sie grundlegende Deutschkenntnisse erlangen, um anschließend am Regelunterricht teilzunehmen.

Alleine können die Schulen jedoch nicht alle Herausforderungen meistern. Deshalb ist das Wissen von Fachstellen, wie der Jugendsozialarbeit, Gesundheitsämtern und der Jugendhilfe, gefragt. Nur durch Zusammenarbeit kann eine bestmögliche Betreuung der Flüchtlinge und Asylsuchenden gewährleistet werden.

Pressemitteilung zum [Thema](#)